

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes. von Bürgermeistern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.
Mittwoch, 6. August 1925

Nr. 213

Donnerstag, den 6. August

1925

Pünktliche Räumung der Sanktionsstädte.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz.

W. Paris, 5. Aug. (Sonderrel.) Nach Kenntnisnahme von dem Ergebnis der zwischen den alliierten Regierungen bezüglich der auf der Londoner Konferenz im vorigen Jahre abgegebenen Erklärungen im Hinblick auf die Räumung der von den alliierten Truppen seit März 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hat die Botschafterkonferenz eine Entschließung angenommen, in der das Interalliierte militärische Komitee aufgefordert wird, den militärischen Besatzungsbehörden die für die Räumung dieser Städte notwendigen Instruktionen zu erteilen.

zu Düsseldorf, 5. Aug. (Tel.) Die militärischen Umgruppierungen im Sanktionsgebiet sind beendet. In Düsseldorf traf eine aus belgischen und französischen Generalstabsoffizieren bestehende Kommission ein, die eine Inspektionsreise durch das Sanktionsgebiet unternimmt. Die Aufgabe dieser Kommission ist die technische Vorbereitung der Räumung des Sanktionsgebietes. Die Besatzungsbehörde hat für den 15. August eine große Anzahl Waggon von der Reichsbahnbehörde angefordert. Eine offizielle Mitteilung über die Räumung des Sanktionsgebietes ist in den innerhalb der Besatzungsbereiche Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf liegenden Gemeinden bisher noch nicht zugegangen.

Nachdem das Ruhrgebiet entsprechend den Londoner Abmachungen rechtzeitig geräumt worden ist, steht nun auch die Räumung der Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bevor, die mehr als vier Jahre lang französische und belgische Besatzung in ihren Mauern haben ertragen müssen. Man darf angesichts der Anstrengungen Deutschlands, den Verpflichtungen des Dawes-Planes nachzukommen, mit Genugtuung feststellen, daß auch die Gegenparteien ihre dem Reichsanwalt März gegebenen Versprechungen einlösen, und man darf wohl annehmen, daß nunmehr auch die deutschen Parteien, die das Londoner Abkommen so leidenschaftlich bekämpft haben, ihr Eingeständnis nicht mehr zurückhalten, daß die Zustimmung der anderen Parteien zu dem Abkommen kein politischer Fehler, sondern eine realpolitische Notwendigkeit war. Insbesondere muß man diese Anerkennung von den deutschen Nationalen erwarten, die, obwohl die Hälfte ihrer Abgeordneten seiner Zeit dem Dawes-Plan zur Annahme verholten hatte, doch bei den Dezember- und Mai-Wahlen die Zustimmung zu dem Londoner Abkommen als ein Verbrechen am Vaterlande hingestellt haben. Es sei auch daran erinnert, daß die „Kreuzzeitung“, das führende deutschnationale Blatt, ihren Mitarbeiter Professor Hoesch, weil er zu den Ja-Sagern gehörte, sofort abfügte. Immerhin hat die „Kreuzzeitung“ es für notwendig gehalten, zu sagen, als Eisen und damit das Ruhrgebiet entsprechend dem von ihr wütend bekämpften Abkommen geräumt worden war. Jeder Verständige muß sich über solche Einsicht eines in der Irre Gegangenen freuen, und wir hoffen, daß das führende deutschnationale Blatt uns abemals Grund zur Freude über seine Haltung geben wird, wenn der 16. August die Räumung der Sanktionsstädte bringen wird. Zu wünschen wäre aber auch, daß alle Mitglieder dieser Partei hieraus die Lehre ziehen, daß Politik nicht mit dem Gefühl, sondern nur mit klarem Verstande zu machen ist.

Kein Eintritt v. Guérards in die Regierung.

W. Berlin, 5. Aug. (Draht.) Wie die „Vossische Zeitung“ aus Zentrumskreisen berichtet, hat sich die Leitung der Zentrumsfraktion in der Frage der Besetzung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgeordneten von Guérard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines weiteren Zentrumsvertreters in das Reichskabinett inopportun sei. Die Angelegenheit sei damit bis zum Spätherbst vertagt. (Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder, da uns noch keine Bestätigung von unserer Berliner Redaktion vorliegt. Daß in der Zentrumsfraktion Bedenken gegen die Übernahme des angebotenen Portefeuilles durch einen Zentrumsabgeordneten vorliegen, weil das einer stärkeren Bindung des Zentrums an die Regierung gleichkommen würde, ist von uns gemeldet worden. Immerhin ist zu betonen, daß für die Entscheidung der Frage nicht der Fraktionsvorstand, sondern die Fraktion selbst zuständig ist. Ob sie schon diese Entscheidung gefaßt hat, geht aus der Meldung der „Voss. Ztg.“ nicht hervor. Die Red.)

Landwirtschaftliche Bedenken gegen die Rentenbankkreditanstalt.

W. Berlin, 5. Aug. (Tel. unseres Korrespondenten.) In der heutigen Generalversammlung der Deutschen Rentenbank, die in den Räumen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattfand, nahmen die Vertreter der Landwirtschaft gegen einzelne Bestimmungen der vor kurzem vom Reichs-

tag verabschiedeten Gesetze über die Rentenbankkreditanstalt Stellung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Beschränkung der Selbstverwaltung durch die Entsendung von elf Delegierten der Länder und zwei von der Reichsregierung zu bestellenden Mitgliedern des Verwaltungsrates bedauert wird und in der gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit Bedenken erhoben werden. Mit Rücksicht auf den dringenden Kreditbedarf der Landwirtschaft glaube sich jedoch die Versammlung nicht zu einer Ablehnung der durch das Gesetz gebotenen Übertragung von Rentenbankmitteln auf die neue Kreditanstalt entschließen zu können. In der Aussprache wandte sich Freiherr von Loe gegen die Zusammenlegung des Verwaltungsrates. Der Westen, einschließlich der besetzten Gebiete, sei nicht berücksichtigt worden, während doch gerade diese Landesteile, die der direkten Fühlung mit den in Berlin gelegenen Instituten entbehren müßten, durch eine reichliche Vertretung im Verwaltungsrat hätten entschädigt werden müssen. Loe meinte u. a., daß die Verteilung der Verwaltungsratsitze als Bevorzugung des Großgrundbesitzes aufgefaßt werden könnte.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen beendet.

Der umstrittene Finanzausgleich.

W. Berlin, 5. Aug. (Tel. unseres Korrespondenten.) Der Reichstag kam heute nach Erledigung des Entwurfs über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden, der in der Ausschussfassung angenommen wurde, zu der letzten Vorlage innerhalb des Steuergesetzgebungswertes des Rabinetts Luther:

Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Es entspann sich zeitweise eine sehr lebhafte Debatte, die die sonst schon ziemlich ermüdeten Abgeordneten an die Sitze im Plenum des Reichstages festhielt.

Das Gesetz bestimmt nach den Vorschlägen des Ausschusses, daß die Länder vom 1. April 1925 ab von dem Einkommen und Körperschaftsteuern des Reichs 30 Prozent der Aufkommen erhalten. Die Beteiligung der Gemeinden regelt die Landesgesetzgebung. Nach einem Kompromißantrag der Regierungsparteien soll den Ländern und Gemeinden für ihre Anteile an den erwähnten drei Steuern in den Jahren 1925 und 1926 ein jährlicher Mindestbetrag von 2100 Millionen garantiert werden. In der Vorlage wird weiter bestimmt, daß

der Mietzins spätestens am 1. 4. 1926 die Höhe der Grundsteuern erreicht haben muß.

Die bisherige Hauszinssteuer wird nach der Vorlage als Steuer vom bebauten Grund und Boden von den Ländern und Gemeinden erhoben. Ihr Ertrag wird nur zu einem Teile zur Förderung der Wohnungsbaufähigkeit verwandt und dient im übrigen den allgemeinen Bedürfnissen der Länder und Gemeinden.

Wegen des Finanzausgleichs bestehen bekanntlich in wiederholten Verhandlungen nicht ausgeglichene starke Differenzen zwischen dem Reich und den Ländern. Mit dem Kompromißantrag der Regierungsparteien haben sich aber die Landesfinanzminister nach einer gestern veröffentlichten Rundgebung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes als Uebereinstimmung bedingt einverstanden erklärt. Ihr Standpunkt ist der, daß das Kompromiß nur dann annehmbar wäre, wenn den Ländern bis zum 1. April 1927 35 v. H. eines garantierten Aufkommens an Umsatzsteuer von 1500 Millionen zugesagt würden. Rechnet man dazu 75 v. H. eines Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuern von 2100 Millionen, auf dessen Garantie die Länder keinen unbedingten Wert legen, so würde das auch nur einen Gesamtbetrag von 2100 Millionen ausmachen. Auch das preussische Staatsministerium betrachtet, so schloß die amtliche Rundgebung, diesen Vermittlungsvorschlag als letzten Schritt, um doch noch zu einer Einigung über den Finanzausgleich zu kommen.

Die Aussprache in der heutigen Reichstagsitzung eröffnete Reichsfinanzminister von Schlieffen, der folgende Ausführungen machte: Das Gesetz über Verringerungen des Finanzausgleichs bildet insofern den Abschluß der Steuerreform, als es zum Ziele hat, das Steueraufkommen zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden zu verteilen. Eine Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern hat sich bisher nicht erzielen lassen. Die Reichsregierung ist nunmehr bereit, noch einen weiteren Schritt zu tun, indem sie den Ländern und Gemeinden bis zur Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, d. h. in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 Ueberweisungen aus dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern, sowie Umsatzsteuer bis zur Höhe von 2100 Millionen Reichsmark garantiert. Dies bedeutet, daß das Risiko in Bezug auf das Gesamtaufkommen in den hauptsächlichsten Steuern allein vom Reich getragen wird. Der Minister weist den von der Opposition erhobenen Vorwurf der Ueberhastpolitik zurück und versichert, daß er der erste sein werde, der für eine weitere Steuerherabsetzung eintreten würde, wenn tatsächlich bei Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage höhere Steuerbeträge eingingen würden als zur Bilanzierung des Etats erforderlich sind. Eine zahlenmäßige Differenz würde nach Ansicht des Ministers mit den Ländern nicht bestehen. Die Differenz erstreckte sich vielmehr auf zwei Punkte, einmal wollten die Länder das Aufkommen aus der Umsatzsteuer, und zwar 35 Prozent von einem Gesamtaufkommen von 1500 Millionen Reichsmark, gesondert garantiert haben. Dies würde zur Folge haben, daß das Reich auch bei einer etwaigen weiteren Senkung der Umsatzsteuer das volle Risiko zu tragen hätte, ohne sich durch ein höheres Aufkommen und höhere Ueberweisungen-

beträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer davon betragen zu können. Sodann

wollten die Länder dem Reiche Schritt für Schritt die Einkommenbesteuerung wieder abnehmen.

Diesem Ziel glaubt die Reichsregierung aus außenpolitischen sowie aus Wirtschafts- und Steuerpolitischen Gründen entgegenzutreten zu sollen. Die Basis der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches auf dem Gebiete der Steuern müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Beides sei zu bedenken, daß es sich gegenwärtig nur um eine vorläufige Regelung handle. Die endgültige Lösung des Finanzausgleichs soll den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bringen. Da die Ausschüsse für die Einkommen- und Körperschaftsteuern den 1. April reifes beschaffen, wobei ihm nichts ferner liegt, als etwa eine Einmischung in die den Ländern obliegende Aufsicht über die Gemeinden. Zum Schluß betont der Minister erneut, daß es die Reichsregierung nach wie vor besonders begrüßen würde, wenn es gelänge, mit den Ländern auf der allgemeinen Grundlage der Beschlüsse des Steuerausgleichs zu einer Verständigung zu kommen. (Beifall rechts.)

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Archoff begründet dann den von den Ländern im Reichsrat zu der Vorlage eingebrachten Standpunkt. Die Mehrheit der Länder hat sich damit abgefunden, daß auf dem Gebiete der Einkommens- und Körperschaftsteuer dem Reiche die Verwaltung bleibt, aber sie müßten als Ausgleich für die Herabsetzung ihres Anteiles an diesen Steuern eine Erhöhung des Anteiles an der Umsatzsteuer von 35 auf 40 Prozent verlangen. Die Länder würden sich mit der beschlossenen Herabsetzung des Anteiles abfinden,

wenn ein 500-Millionen-Aufkommen aus der Umsatzsteuer garantiert werde.

In anderen Fällen würden die Länder gezwungen sein (schärfste Note rechts: Zu sparen!) auf die Erfüllung notwendiger Aufgaben zu verzichten. Die Mahnung zur Sparsamkeit sei von den Ländern schwerer zu erfüllen, als es dem Reiche möglich war. Das Reich habe seine größten Verwaltungen abgebaut. Bei den Ländern sei ein Abbau viel schwerer möglich. Das Reich schäufte die Einnahmehöhen der Länder und Gemeinden viel zu hoch ein. Die Länder hoffen auf eine Weiterentwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Vermittlungsvorschlag der Länder geht schon an die Grenze des möglichen Entgegenkommens. Wird dieser Vorschlag, der einmütig von allen Ländern gemacht wird, abgelehnt, so wären die Länder leider in die Notwendigkeit verlegt, gegen die Beschlüsse des Reichstages Einspruch im Reichsrat zu erheben.

Bayerischer Gesandter von Preger schließt sich unter Betonung der besonderen bayerischen Wünsche durch aus dem Vertreter Preußens an.

Sächsischer Finanzminister Rheinhold betont unter dem Beifall der Linken, es sei erst neueren Datums, daß die jetzigen Regierungsparteien das Streben nach größerer finanzieller Selbstständigkeit als Schwerkverbrechen betrachteten. Das Reich verfüge über genug Reserven, um den Ländern durch ein Eingehen auf ihren Kompromißvorschlag die Notwendigkeit einer stärkeren Anspannung der Realsteuern zu ersparen. Die Folge einer solchen Anspannung würde eine neue Preistreibeerei und würden nur Lohn- und Gehalts erhöhungen sein. (Beifall links.)

Abg. Junke (Soz.) erklärt, seine Freunde wären Gegner des für später angekündigten Zuschlagsrechtes der Länder und Gemeinden.

Inzwischen haben

fast alle Abgeordneten den Saal verlassen.

Es sind nur noch Abgeordnete der Sozialdemokraten anwesend. Abg. Ludwig (Soz.) beantragt, die Sitzung nach dem Tiergarten zu verlegen, wo die Rechtsparteien sitzen, die die Gesetze machen. (Vizepräsident Bell rügt diese Ausdrucksweise. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist aber so!) Abg. Ludwig wiederholt seinen Antrag auf Vertagung.

Vizepräsident Bell legt die Abstimmung über diesen Punkt für einige Minuten aus. Als durch die Anwesenheiten des Hauses eine erhebliche Zahl Abgeordnete in den Saal gerufen sind, wird der Vertagungsantrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrums- und Arbeiter Volkszeitung. Verlagsstelle: Bocholt, Marktstr. 1. Fernsprecher 22 und 27. Druckerei: H. H. H. (H. H. H.) 2. Anholt-Weßburger Zeitung.

Nr. 213

Donnerstag, den 6. August

1925

Pünktliche Räumung der Sanktionsstädte.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz.

W. Paris, 5. Aug. (SonderTel.) Nach Kenntnisnahme von dem Ergebnis der zwischen den alliierten Regierungen bezüglich der auf der Londoner Konferenz im vorigen Jahre abgegebenen Erklärungen im Hinblick auf die Räumung der von den alliierten Truppen seit März 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hat die Botschafterkonferenz eine Entschließung angenommen, in der das Interalliierte militärische Komitee aufgefordert wird, den militärischen Besatzungsbehörden die für die Räumung dieser Städte notwendigen Instruktionen zu erteilen.

zu Düsseldorf, 5. Aug. (Tel.) Die militärischen Umgruppierungen im Sanktionsgebiet sind beendet. In Düsseldorf trat eine aus belgischen und französischen Generalstabsoffizieren bestehende Kommission ein, die eine Inspektionsreise durch das Sanktionsgebiet unternimmt. Die Aufgabe dieser Kommission ist die technische Vorbereitung der Räumung des Sanktionsgebietes. Die Besatzungsbehörde hat für den 15. August eine große Anzahl Wagons von der Reichsbahnbehörde angefordert. Eine offizielle Mitteilung über die Räumung des Sanktionsgebietes ist in den innerhalb der Besatzungsbereiche Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf liegenden Gemeinden bisher noch nicht zugegangen.

Nachdem das Ruhrgebiet entsprechend den Londoner Abmachungen rechtzeitig geräumt worden ist, steht nun auch die Befreiung der Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bevor, die mehr als vier Jahre lang französische und belgische Besatzung in ihren Mauern haben ertragen müssen. Man darf angesichts der Anstrengungen Deutschlands, den Verpflichtungen des Dawes-Planes nachzukommen, mit Genugtuung feststellen, daß auch die Gegenseite ihre dem Reichstanzler März gegebenen Versprechungen einlöst, und man darf wohl annehmen, daß nunmehr auch die deutschen Parteien, die das Londoner Abkommen so leidenschaftlich bekämpft haben, ihr Eingeständnis nicht mehr zurückhalten, daß die Zustimmung der anderen Parteien zu dem Abkommen kein politischer Fehler, sondern eine realpolitische Notwendigkeit war. Insbesondere muß man diese Anerkennung von den deutschen Nationalen erwarten, die, obwohl die Hälfte ihrer Abgeordneten seiner Zeit dem Dawes-Plan zur Annahme verholten hatte, doch bei den Dezember- und Mai-Wahlen die Zustimmung zu dem Londoner Abkommen als ein Verbrechen am Vaterlande hingestellt haben. Es sei auch daran erinnert, daß die „Kreuzzeitung“, das führende deutschnationale Blatt, ihren Mitarbeiter Professor Hoekisch, weil er zu den Ja-Sagern gehörte, sofort absetzte. Immerhin hat die „Kreuzzeitung“ es für notwendig gehalten, zu flaggen, als Essen und damit das Ruhrgebiet entsprechend dem von ihr während bekämpften Abkommen geräumt worden war. Jeder Verständige muß sich über solche Einsicht eines in die Irre Gegangenen freuen, und wir hoffen, daß das führende deutschnationale Blatt uns abermals Grund zur Freude über seine Haltung geben wird, wenn der 16. August die Befreiung der Sanktionsstädte bringen wird. Zu wünschen wäre aber auch, daß alle Mitglieder dieser Partei hieraus die Lehre ziehen, daß Politik nicht mit dem Gefühl, sondern nur mit klarem Verstande zu machen ist.

Kein Eintritt r. Guérards in die Regierung.

W. Berlin, 5. Aug. (Drahtb.) Wie die „Vossische Zeitung“ aus Zentrumskreisen berichtet, hat sich die Leitung der Zentrumsfraktion in der Frage der Befreiung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgeordneten von Guérard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines weiteren Zentrumsvertreters in das Reichskabinett inopportun sei. Die Angelegenheit sei damit bis zum Spätherbst vertagt. Wir geben diese Mitteilung mit Vorbehalt wieder, da uns noch keine Bestätigung von unserer Berliner Redaktion vorliegt. Daß in der Zentrumsfraktion Bedenken gegen die Uebernahme des angebotenen Portefeuilles durch einen Zentrumsabgeordneten vorliegen, weil das einer stärkeren Bindung des Zentrums an die Regierung gleichkommen würde, ist von uns gemeldet worden. Immerhin ist zu bemerken, daß für die Entscheidung der Frage nicht der Fraktionsvorstand, sondern die Fraktion selbst zuständig ist. Ob sie schon diese Entscheidung gefällt hat, geht aus der Meldung der „Voss. Ztg.“ nicht hervor. Die Red.)

Landwirtschaftliche Bedenken gegen die Rentenbankkreditanstalt.

W. Berlin, 5. Aug. (Tel. unseres Korrespondenten.) In der heutigen Generalversammlung der Deutschen Rentenbank, die in den Räumen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattfand, nahmen die Vertreter der Landwirtschaft gegen einzelne Bestimmungen der vor kurzem vom Reich-

tag verabschiedeten Gesetze über die Rentenbankkreditanstalt Stellung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Beschränkung der Selbstverwaltung durch die Entsendung von elf Delegierten der Länder und zwei von der Reichsregierung zu bestellenden Mitgliedern des Verwaltungsrates bedauert wird und in der gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit Bedenken erhoben werden. Mit Rücksicht auf den dringenden Kreditbedarf der Landwirtschaft glaubte sich jedoch die Versammlung nicht zu einer Ablehnung der durch das Gesetz gebotenen Uebertragung von Rentenbankmitteln auf die neue Kreditanstalt entschließen zu können. In der Aussprache wandte sich Freiherr von Loe gegen die Zusammenziehung des Verwaltungsrates. Der Westen, einschließlich der besetzten Gebiete, sei nicht berücksichtigt worden, während doch gerade diese Landesteile, die der direkten Fühlung mit den in Berlin gelegenen Instituten entbehren müßten, durch eine reichliche Vertretung im Verwaltungsrat hätten entschädigt werden müssen. Loe meinte u. a., daß die Verteilung der Verwaltungsratsitze als Bevorzugung des Großgrundbesitzes aufgefaßt werden könnte.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen beendet.

Der umstrittene Finanzausgleich.

W. Berlin, 5. Aug. (Tel. unseres Korrespondenten.) Der Reichstag kam heute nach Erledigung des Entwurfs über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und Gemeinden, der in der Ausschussfassung angenommen wurde, zu der letzten Vorlage innerhalb des Steuergesetzgebungswerkes des Rabinetts Luthers.

Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Es entspann sich zeitweise eine sehr lebhaft geführte Debatte, die die sonst schon ziemlich ermüdeten Abgeordneten an die Sitze im Plenum des Reichstages fesselte.

Das Gesetz bestimmt nach den Vorschlägen des Ausschusses, daß die Länder vom 1. Oktober 1925 ab von dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer 4 Prozent, von dem Aufkommen an Umsatzsteuer bis 31. März 1926 35 Prozent, dann 30 Prozent, die Beteiligung der Gemeinden regelt die Landesgesetzgebung. Nach einem Kompromißantrag der Regierungsparteien soll den Ländern und Gemeinden für ihre Anteile an den erwähnten drei Steuern in den Jahren 1925 und 1926 ein jährlicher Mindestbetrag von 2100 Millionen garantiert werden. In der Vorlage wird weiter bestimmt, daß

der Mietzins spätestens am 1. 4. 1926 die Höhe der Friedensmiete

erreicht haben muß. Die bisherige Hauszinssteuer wird nach der Vorlage als Steuer vom bebauten Grund und Boden von den Ländern und Gemeinden erhoben. Ihr Ertrag wird nur zu einem Teile zur Förderung der Wohnungsbauwirtschaft verwandt und dient im übrigen den allgemeinen Bedürfnissen der Länder und Gemeinden.

Wegen des Finanzausgleichs bestehen bekanntlich in wiederholten Verhandlungen nicht ausgeglichene starke Differenzen zwischen dem Reich und den Ländern. Mit dem Kompromißantrag der Regierungsparteien haben sich aber die Landesfinanzminister nach einer gestern veröffentlichten Rundgebung des Amtlichen Preussischen Pressebüros als Uebereinstimmung bedingt einverstanden erklärt. Ihr Standpunkt ist der, daß das Kompromiß nur dann annehmbar wäre, wenn den Ländern bis zum 1. April 1927 35 v. H. eines garantierten Aufkommens an Umsatzsteuer von 1500 Millionen zugesagt würden. Rechnet man dazu 75 v. H. eines Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer von 2100 Millionen, auf dessen Garantie die Länder keinen unbedingten Wert legen, so würde das auch nur einen Gesamtbetrag von 2100 Millionen ausmachen. Auch das preussische Staatsministerium betrachte, so schloß die amtliche Rundgebung, diesen Vermittlungsvorschlag als letzten Schritt, um doch noch zu einer Einigung über den Finanzausgleich zu kommen.

Die Aussprache in der heutigen Reichstagsitzung eröffnete Reichsfinanzminister von Schleier, der folgende Ausführungen machte: Das Gesetz über Änderungen des Finanzausgleichs bildet insofern den Abschluß der Steuerreform, als es zum Ziele hat, das Steueraufkommen zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden zu verteilen. Eine Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern hat sich bisher nicht erzielen lassen. Die Reichsregierung ist nunmehr bereit, noch einen weiteren Schritt zu tun, indem sie den Ländern und Gemeinden bis zur Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, d. h. in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 Ueberweisungen aus dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie Umsatzsteuer bis zur Höhe von 2100 Millionen Reichsmark garantiert. Dies bedeutet, daß das Risiko in Bezug auf das Gesamtaufkommen in den hauptsächlichsten Steuern allein vom Reich getragen wird. Der Minister weist den von der Opposition erhobenen Vorwurf der Ueberkompensation zurück und versichert, daß er der erste sein werde, der für eine weitere Steuerherabsetzung eintreten würde, wenn tatsächlich bei Verringerung der allgemeinen Wirtschaftslage höhere Steuerbeträge eingingen würden als zur Bilanzierung des Staats erforderlich sind. Eine zahlenmäßige Differenz würde nach Ansicht des Ministers mit den Ländern nicht bestehen. Die Differenz erstreckte sich vielmehr auf zwei Punkte, einmal wollten die Länder das Aufkommen aus der Umsatzsteuer, und zwar 35 Prozent von einem Gesamtaufkommen von 1500 Millionen Reichsmark, gesondert garantiert haben. Dies würde zur Folge haben, daß das Reich auch bei einer etwaigen weiteren Senkung der Umsatzsteuer das volle Risiko zu tragen hätte, ohne sich durch ein höheres Aufkommen, und höhere Ueberweisungen-

beträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer davon bereiten zu können. Sodann

wollen die Länder dem Reiche Schritt für Schritt die Einkommensbesteuerung wieder abnehmen.

Diesem Ziel glaubt die Reichsregierung aus außenpolitischen sowie aus Wirtschafts- und steuerpolitischen Gründen entgegenzutreten zu sollen. Die Basis der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches auf dem Gebiete der Steuern müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Bei alledem sei zu bedenken, daß es sich gegenwärtig nur um eine vorläufige Regelung handle. Die endgültige Lösung des Finanzausgleichs soll den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bringen. Da die Ausschussbeschlüsse für die Einführung dieses Zuschlagsrechtes den 1. April 1927 in Aussicht nehmen, hat die nunmehr zu treffende Regelung nur 1½ Jahre Geltung. In der Zwischenzeit wird das Reich sich Unterlagen für die endgültige Regelung des Zuschlagsrechtes beschaffen, wobei ihm nichts ferner liegt, als etwa eine Einmischung in die den Ländern obliegende Aufsicht über die Gemeinden. Zum Schluß betont der Minister erneut, daß es die Reichsregierung nach wie vor besonders begrüßen würde, wenn es gelänge, mit den Ländern auf der allgemeinen Grundlage der Beschlüsse des Steuerausgleichs zu einer Verständigung zu kommen. (Beifall rechts.)

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer. Hoffmann begründet dann den von den Ländern im Reichstag zu der Vorlage eingebrachten Standpunkt. Die Mehrheit der Länder hat sich damit abgefunden, daß auf dem Gebiete der Einkommens- und Körperschaftsteuer dem Reiche die Verwaltung bleibt, aber sie müßten als Ausgleich für die Herabsetzung ihres Anteils an diesen Steuern eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer von 35 auf 40 Prozent verlangen. Die Länder würden sich mit der beschlossenen Herabsetzung des Anteiles abfinden,

wenn ein 500-Millionen-Aufkommen aus der Umsatzsteuer garantiert werde.

Im anderen Falle würden die Länder gezwungen sein (lebhafter Beifall rechts: Zu sparen!) auf die Erfüllung notwendiger Aufgaben zu verzichten. Die Mahnung zur Sparsamkeit sei von den Ländern schwerer zu erfüllen, als es dem Reiche möglich war. Das Reich habe seine größten Verwaltungen abgebaut. Bei den Ländern sei ein Abbau viel schwerer möglich. Das Reich schätze die Einnahmefähigkeiten der Länder und Gemeinden viel zu hoch ein. Die Länder hoffen auf eine Weiterentwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Vermittlungsvorschlag der Länder geht schon an die Grenze des möglichen Entgegenkommens. Wird dieser Vorschlag, der einmütig von allen Ländern gemacht wird, abgelehnt, so wären die Länder leider in die Notwendigkeit versetzt, gegen die Beschlüsse des Reichstages Einspruch im Reichstag zu erheben.

Bayerischer Gesandter von Preger schließt sich unter Betonung der besonderen bayerischen Wünsche dem Vertreter Preußens an.

Sächsischer Finanzminister Rheinhold betont unter dem Beifall der Linken, es sei erst neueren Datums, daß die jetzigen Regierungsparteien das Streben nach größerer finanzieller Selbstständigkeit als Schwerkverbrechen betrachteten. Das Reich verfüge über genug Reserven, um den Ländern durch ein Eingehen auf ihren Kompromißvorschlag die Notwendigkeit einer stärkeren Anspannung der Realsteuern zu ersparen. Die Folge einer solchen Anspannung würde eine neue Preistreibeerei und würden nur Lohn- und Gehaltssteigerungen sein. (Beifall links.)

Abg. Junke (Soz.) erklärt, seine Freunde wären Gegner des für später angekündigten Zuschlagsrechtes der Länder und Gemeinden.

Inzwischen haben fast alle Abgeordneten den Saal verlassen.

Es sind nur noch Abgeordnete der Sozialdemokraten anwesend. Abg. Ludwig (Soz.) beantragt, die Sitzung nach dem Tiergarten zu verlegen, wo die Rechtsparteien sitzen, die die Gesetze machen. (Vizepräsident Bell rügt diese Ausdrucksweise. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist aber so!) Abg. Ludwig wiederholt seinen Antrag auf Verlegung.

Vizepräsident Bell leitet die Abstimmung über diesen Punkt für einige Minuten aus. Als durch die Anwesenheit der Sozialdemokraten eine erhebliche Zahl Abgeordnete in den Saal gerufen sind, wird der Vertagungsantrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erklärt, man komme aus der Finanzmilere nur durch eine radikale Neuordnung der Ausgaben heraus.

Abg. Koch-Weser (Dem.) betont, interessant sei, daß die Rechtsparteien heute geschlossen für die Erbsbergerische Steuerreform eintraten. Der ganze Streit drehe sich nur darum, wie die Erbsbergerische Steuerreform zu handhaben sei. Der Reichsfinanzminister hat es nicht für nötig gehalten, auf Reden von Vertretern dreier großer deutscher Länder zu antworten. So kann man auf die Dauer ein großes deutsches Volk nicht regieren. Solange wir keine Regierungserklärung zu den Ausführungen der Länder erhalten, werden wir gegen die Vorlage stimmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. von Graefe (völk.) ist der Ansicht, daß das, was die Länder in ihren letzten Vorläufen anbieten, durchaus gesund und annehmbar sei. Das Kompromiß, wie es jetzt vorliegt, müßten die Völkischen ablehnen, und sie würden darüber namentliche Abstimmung beantragen.

Damit schließt die Generaldebatte.

Es folgt

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

In der insbesondere die Sozialdemokraten Änderungsanträge zur Hausinssteuer einbringen und begründen.

Abg. Tremmel (Zentr.) bezeichnet die Hausinssteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten trifft. Die Mieten sollen am 1. 4. 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kinderreiche Familien müssen besonders geschont werden.

Schließlich werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge

die Kompromißbestimmungen zum Finanzausgleich mit der Hausinssteuer und den Bestimmungen über die Steigerung der Mieten in zweiter Lesung angenommen.

Den Ländern werden also aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert. In der Bestimmung, wonach bis 1. 4. 1926 die Miete mindestens 100 Prozent der Friedensmiete ausmachen soll, wird auf Antrag des Abg. Tremmel (Zentrum) das Wort „mindestens“ gestrichen. — Die übrigen 47 Änderungsanträge zur Hausinssteuer verfallen der Ablehnung.

Die Regierungsparteien stimmten durchweg geschlossen. Die Bayerische Volkspartei stimmte ebenfalls für den Finanzausgleich, allerdings, wie sie erklärte, unter Vorbehalt. Sämtliche Steuervorlagen sind damit in zweiter Lesung erledigt. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen und Anträge über die Ausweisung deutscher Öpananten aus Polen. Schluß 9½ Uhr.

Die Einzelberatung.

Unterbrechung der deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Spanien verweigert die Meistbegünstigung.

Berlin, 5. Aug. (Tel. unserer Korrespondenten.) Mar-mierende Meldungen aus Spanien besagen, daß die Ver-handlungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag ins Stocken geraten sind. Bekanntlich hatte sich vor mehreren Wochen eine deutsche Delegation unter Führung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verckenfeld nach Madrid begeben, um sofort nach der Kündigung des erst vorher ratifizierten Handelsvertrages neue Verhandlungen aufzunehmen. Diese Verhandlungen hatten zu keinem Ergebnis geführt, sondern man hatte die Reichsregierung um die letzte Entscheidung gebeten. Die Meldungen aus Madrid besagen nun, daß diese Antwort von den Spaniern als nicht annehmbar bezeichnet worden ist. In der Hauptsache dreht sich der Streit um die Frage der Meistbegünstigung. Die Spanier erklären, wenn die Reichsregierung in dieser Frage nicht nachgibt — Spanien hat bisher keinem Staate die Meistbegünstigung ausgetauscht — so sei der Wirtschaftskrieg unvermeidlich. An Berliner amtlicher Stelle gibt man zwar zu, daß die Verhandlungen zu keinem Einvernehmen geführt haben, so daß die Heimreise der deutschen Delegation — sie erfolgt am Donnerstag — notwendig geworden ist. Man bestreitet aber, daß dies schon den Abbruch der Verhandlungen bedeutet. Es wird darauf hingewiesen, daß immer noch die Möglichkeit besteht, wenn die deutschen Delegierten der Reichsregierung ausführlichen Bericht erstatten haben, eine neue Basis für weitere Verhandlungen zu schaffen.

Die Passchwierigkeiten im deutsch-holländischen Grenzverkehr.

X Haag, 5. Aug. In einer demnächst stattfindenden gemeinsamen Tagung der längs der deutschen Grenze zuständigen holländischen Handelskammern in Arnheim soll eine Aktion zur Aufhebung aller noch im deutsch-holländischen Grenzverkehr bestehenden Passchwierigkeiten eingeleitet werden.

Dem parlamentarischen Berichterstatter des Telegraf zu-folge hat heute das um die Übernahme des Kolonialministeriums erhaltene Mitglied des niederländischen Reichstages Ch. Welter (Niederländisch) aus Arnheim berichtet, daß er den Vorschlag des Kolonialministers annehme und so schnell wie möglich nach Holland zurückkehren werde.

Sturm, Ueberschwemmung, Schnee.

In Schlesien, Oesterreich, Tschechien und Galizien.

X Breslau, 5. Aug. (Tel.) Mittel- und Ober-schlesien wurden in den letzten Tagen wiederum von schweren langanhaltenden Unwettern heimgesucht. Besonders betroffen wurde nun schon zum dritten Male in kurzer Zeit das Sudetenvorland. Bei heftigen Stürmen prasselte stundenlang ein wolkenbruchartiger Regen nieder, teilweise von schweren Gewitterschlägen begleitet. Das noch nicht geerntete Getreide ist bis zu 90 Prozent vernichtet. Landstraßen und Dörfer wurden überflutet und der Verkehr teilweise völlig lahmgelegt. Die Felder wurden von den stürzenden Wassermengen verwüstet. Der im Kreise Waidenburg angerichtete Feldschaden wird auf über eine Million Mark geschätzt. In den ober-schlesischen Wäldern wurde schwerer Schaden angerichtet. Sämtliche linken Nebenflüsse der Oder führen dieser aus dem Gebirge reichliche Wassermengen zu. An der Meißnermündung liegt das Hochwasser vom Montag auf Dienstag von 1,67 Meter auf 3,37 Meter. Das Hochwasser macht sich schon in Bielefeld bemerkbar, das ein Steigen der Oder von 2,25 auf 3,86 meldet. Besonders stark macht sich der Wasserwuchs in der oberen Oder geltend. Bei Annaberg ist das Wasser von 0,80 auf 4,40 am Dienstag früh 4 Uhr gestiegen, das die beiden Talschiffe Wasser erheblich übersteigen wird.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

X Prag, 5. Aug. (Tel.) Das Hochwasser in der Tschecho-slowakei hat einen katastrophalen Charakter angenommen. Die nördliche Gegend des Waagtales ist überschwemmt. Die Wassermengen haben bereits die Stadt Sillein erreicht. Zahlreiche Dörfer sind unter Wasser. Auf der Strecke Sillein-Oderberg wurde eine Eisenbahnbrücke weggerissen, und der Verkehr auf der Oderberger Bahn ist eingestellt worden. Ebenso sind in Ostmähren Ueber-schwemmungen festzustellen.

X Warschau, 5. Aug. (Tel.) Die in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Gegend von Rakau niedergegangenen Wolkenbrüche haben großen Schaden angerichtet. Die Gebirgsbäche sind an verschiedenen Stellen aus ihren Ufern getreten und haben etwa 1200 Morgen Land unter Wasser gesetzt. Von der Ueberschwemmung sind ungefähr 3000 Familien betroffen.

X Wien, 5. Aug. (Tel.) Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist infolge Temperatursturztes Neuschnee auf den Bergen gefallen, der bis unter 2000 Meter hinabreichet. Bei Berg-touren ist daher besondere Vorsicht geboten.

Das Handelsabkommen mit Belgien und Luxemburg.

Berlin, 5. Aug. (Tel. unserer Berliner Redaktion.) Im Reichsausschuss für Handelsverträge ist gestern und heute über den Entwurf eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion beraten worden. In seinen begründeten Einträgen betont Ministerialdirektor Ritter, daß dieser Vertrag sich insofern von den übrigen unterscheidet, als er bereits das endgültige Stadium der Meistbegünstigung enthält und zwar für Mutterland und Kolonien. Einige Wünsche seien noch unerfüllt geblieben, so der nach einem ausdrücklich verbrieften Recht zur Niederlassung in den Kolonialländern. Ein Verbot dafür bestehe aber keineswegs, wie gelegentlich behauptet worden sei. Der Redner begründete sodann die einzelnen Follerhöhungen bzw. Zollzugeständnisse, so für Kalbfleisch, Erbsen, das Feinöl, das ja im wesentlichen ein Rohstoff sei. Für Kaufschu-reisen und Schläuche, auf welche vor dem Kriege ein reiner Zuzug von 60 Mark bestanden habe, habe man dem Sab zugestimmt, auf den auch die französische Regierung im Gegen-satz zu ihrer Industrie bestanden habe. Die deutschen und fran-zösischen industriellen Sachverständigen hätten 200 Mark (statt rund 170 Mark) verlangt. Deutschland habe großen Wert darauf gelegt, wenigstens mit einem Lande bald zu einem Ergebnis zu kommen, um den guten Willen Deutschlands zum Abschluß von Handelsverträgen zu zeigen.

Nach eingehender Debatte wurde das Abkommen heute in beiden Lesungen mit großer Mehrheit angenommen.

1. Ab el Arim erkennt die religiöse Souveräni-tät des Sultans Muley Sussuf oder seines Nachfol-gers an;

2. Frankreich und Spanien erkennen die Verwaltungs-autonomie des Rif an;

3. Die Mächte gewähren dem Rif eine Polizeifrei-macht, die ausreicht, um seine eigene Ordnung zu sichern. Frankreich stellt die Cadres für die Organisation, die Zonen von Ceuta und Melilla werden den Spaniern zuerkannt;

4. Die Grenzen des autonomen Rifgebietes sind fol-gende: Westlich eine Linie, die 20 Kilometer östlich der Eisen-bahn von Tanger nach Fez verläuft, südlich kann die Grenze durch den Uergha- und Laros-Juk gebildet werden. Diese beiden müssen durch eine Linie, die näher bestimmt werden soll, verbunden werden;

5. Die Uferzone zwischen dem Atlantischen Ozean und der Linie, die 20 Kilometer östlich der Eisenbahn von Tanger nach Fez und dem Laros-Juk verläuft, soll zur Zone von Tanger geschlagen werden oder zwischen der Tangerzone und der französischen Zone aufgeteilt werden. — Diese Regelung soll unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden.

tu, Madrid, 5. Aug. (Tel.) Aus Melilla wird gemel-det, daß die Führer der Dschades und Ansheras auf einer Versammlung der Cadres im Hauptquartier Abd el Arims zu Abjahir einstimmig beschlossen haben, weiterzukämpfen und keinen faulen Frieden mit Frank-reich und Spanien zu schließen.

Die Hofkapelle des Sigi Goldfadens.

X Berlin, 5. Aug. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde gestern der Prozeß fortgesetzt gegen den früheren Wiener Kunststaltbesitzer Sigi Goldfaden, der, wie wir gemeldet haben, die Potsdamer Hofgesellschaft um ihre Juwelen be-gannert und sich aus ihrem Erlös u. a. 100 Anzüge und über 300 Oberhemden angeschafft hat. Ueber die Verwendungs-für Goldfadens wurde der Inhaber einer großen Berliner Schneid-firma vernommen. Goldfaden hatte sich dort keine Garderobe anfertigen lassen und man hörte interessante Mitteilungen über den Kleiderstaat des auf größtem Fuße lebenden Hofkaplers. Kurz vor seiner Verhaftung hatte er sich noch ein ganzes Lager von seidenen Oberhemden in allen Farben als Zuwachs zu den bereits vorhandenen 300 Oberhemden derselben Qualität an-fertigen lassen. Die Verhandlung wurde auf Donnerstag ver-lagt. Der Schluß des Prozesses wird sich jetzt nur noch um die Frage der Zurechnungsfähigkeit Goldfadens drehen.

Die letzten Meldungen.

Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau.

X Essen, 5. Aug. (Tel.) Nach einer Aufstellung des Landes-arbeitsamtes Westfalen, Abteilung Bergbau, in Bochum beträgt die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter im Ruhrgebiet gegen-wärtig schätzungsweise 15 000 Mann. Bis zum 15. August sind weitere Entlassungen von 13 000 Mann angekündigt.

Verkauf der Schiffahrtsinteressen des Stinneskonzerns.

tu, Essen, 5. Aug. (Tel.) Wie die Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die Schiffahrtsinteressen des Stinneskonzerns mit 5 Pfund und die Tonne verkauft wor-den. Bei der Tonnage von 250 000 Tonnen ergab sich ein Be-trag von 25 Millionen Mark. Auch die Aktienmehrheit des Mühlheimer Bergwerksvereins, sowie die zwischischen Mühlheim und Essen gelegenen Zechen der Stinnesgruppe sollen verkauft werden.

Brands Londoner Reise.

w. Paris, 5. Aug. (Tel.) Das „Deuvre“ glaubt zu wissen, daß Brand wahrscheinlich am kommenden Mon-tag nach London reisen wird.

Mark- und Frankenschuldnottierungen.

h. New York, 5. Aug. (Funkpruch.) Schlußkurs der Mark: 28,20—82, 100 Franken gleich 4,70½ Dollar.

Getreidenottierungen.

h. Chicago, 5. Aug. (Funkpruch.) Schlußnot.: Weizen: September 100; Dez. 100½; Mai 104½; stetig; Mais: Sep-tember 106; Dezember 78½; Mai 90½; stetig; Hafer: Sep-tember 42½; Dezember 45½; Mai 49½; stetig; Roggen: Sep-tember 103½; Dezember 107½; Mai 113, stetig.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 5. Aug. (Eig. Draht.) Schlußnotierungen: Sept. 25,40—64, Okt. 25,50—64, Dez. 25,54—66, Jan. 25,40—46, März 25,51—67, Mai 25,71—79.

h. Liverpool, 5. Aug. (Funkpruch.) Umsatz 4000, Import 23 100, für den Export 1000. Schlußnotierungen: loco 13,30, Aug. 12,77, Sept. 12,64, Okt. 12,55, Nov. 12,46, Dez. 12,48, Jan. 12,48, Febr. 12,48, März 12,52, April 12,52, Mai 12,56, Juni 12,52, Juli 12,52.

h. New York, 5. Aug. (Funkpruch.) Stetig. Schlußnot.: loco 24,50, Aug. 23,65—66, Sept. 23,81—81, Okt. 23,97—99, Dez. 24,12—13, Jan. 23,56—58, März 23,89—89, April 24,06—08, Mai 24,23—25, Juni —, Zufuhren Atlantik 2000, Inland 4000, Frank-reich 1000.

Die Jubiläumsfeier in Rottenburg.

w. Rottenburg, 5. Aug. (Draht.) Unter großer Teilnahme aus dem ganzen Lande wurde heute in der festlich geschmückten Stadt das Doppeljubiläum des Bischofs von Re-peler in Gegenwart der Kardinele von München und Köln, zahlreicher Bischöfe, der mittelmittelbayerischen Minister Volk und Bayersche sowie zahlreicher Vertreter des Adels, der Wissenschaft und Kunst gefeiert. Vormittags fand eine feierliche Andacht im Dom statt, bei der der Jubilar die Festpredigt hielt. Nach der Rückkehr zum bischöflichen Palast nahm der Bischof die Gratulationen entgegen. Mittags fand in Gegenwart von 500 Per-sonen ein Festmahl statt, bei dem Kardinal Faulhaber (Mün-chen), Erzbischof Fritsch (Freiburg) und Kardinal Schulte (Köln) Festansprachen hielten. Minister Volk begrüßte den Bischof im Namen der mittelm

en

mit Belgien
g.

iner Redaktion.) Im
ist gestern und heute
gen Handelsab-
und der belgischen
union beraten
nden Worten betont
trag sich insofern von
des endgültige Sta-
gült und zwar für
che seien noch uner-
lich verbriefen Recht
Ein Verbot dafür
chaupet worden sei.
inen Jollerhöbungen
Erbfolgerinnen, das
sei. Für Kautschuk-
Kriege ein reiner
gabe man dem Sab
regierung im Gegen-
deutschen und fran-
200 Mark (statt
habe großen Wert
ande bald zu einem
n Deutschlands zum

Abkommen heute in
genommen.

le Souveränität
oder seines Nachfol-

Verwaltungs-

Polizeistreit-
ordnung zu sichern.
ien, die Jonen von
ien zuerkannt;

gebietes sind for-
stlich der Eigen-
fann die Grenze
et werden. Diese
stimmt werden soll,

en Ozean und der
von Tanger nach
zur Zone von
Tangerzone und
- Diese Regelung
Bundes gestellt

lla wird gemein-
nd Ankeras
austraglicher
beschlossen haben,
rieden mit Trans-

Dens.
richt Berlin-Mitte
früheren Wiener
wie wir gemein-
hre Juwelen be-
Anzüge und über
erschwendungslust
berliner Schneider-
eine Garbetrobe
Mitteilungen über
den Hochstaplers.
noch ein ganzes
als Juwachs zu
ben Qualität an-
Donnerstag ver-
nur noch um die
reihen.

gen.
au.
lung des Landes-
Boschum beträgt
Lührbezirk gegen-
15. August sind
inbitt.

reestongerns.
aphen-Union aus
tsinteressen des
e verkauft wor-
gab sich ein Be-
ienmehrheit des
wie die zwi-
n Sehen der

faßt zu wissen,
enden Mon-

en.
kurs der Mark

ot: Weizen:
Mais: Sepa-
rater: Septem-
oggen: Sepa-

uhtnotierungen:
Jan. 25,40—46,
3 4000, Import
n: loco 13,30,
46, Dez. 12,48,
52, Mai 12,56,
Schlußnot.:
23,97—99, Dez.
24,06—08, Mai
4000, Frank

Aus der Heimat.

Bocholt, den 6. August 1925.

a. Reichspräsident v. Hindenburg Schützenkönig des St. Antonius-Schützenvereins. Bei dem 291. Stiftungsfeste des St. Antonius-Schützenvereins am 26. Juli fand die Ehrenvorführung und neue Schützenkönig Herr Heitkamp, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten: „Anlässlich des 291. Stiftungsfestes habe ich, Ehrenvorführender Heitkamp, bei der Eröffnung des Bogenschießens die abgegebenen Schüsse Ihnen, Herr Reichspräsident, übergeben. Die von mir errungene Königswürde ist Ihnen hiernit übertragen. Antonius-Schützenverein, Bocholt.“ — Dem Verein ging jetzt von Berlin aus nachstehendes Antwortschreiben zu:

„An den Antonius-Schützenverein zu Bocholt!“

Dem Antonius-Schützenverein zu Bocholt danke ich verbindlich für die freundliche Mitteilung, daß der Ehrenvorführende des Vereins, Herr Heitkamp, die von ihm anlässlich des 291. Stiftungsfestes abgegebenen Königsschüsse auf mich übertragen hat. Ich nehme die Schützenkönigswürde gerne an und übertrage dem glücklichen Schützen sowie auch Ihnen allen meine besten Grüße.

Mit freundlichem Gruß

von Hindenburg.

Mit dankbarer Freude und berechtigtem Stolz ist dieses Antwortschreiben unseres Reichspräsidenten von den Mitgliedern begrüßt worden. Es wird einen ehrenvollen Platz in der Vereinschronik behalten.

b. Kinder-Schützenfest. Augenblicklich stehen wir im Zeichen der Kinder-Schützenfeste, die die Feste der „Großen“ ablösen. Meistorts ist die Jugend eifrig am Werke, auch ihrerseits unter Nachahmung der Formen, die ihr am besten gefallen haben, Schützenfeste zu feiern. So sah man gestern Nachmittag den feierlichen Umzug einer kleinen Schützengesellschaft, bei dem das junge Volk eine erlauchter Würde an den Tag legte. Außer den üblichen kleinen Reitwagen, geschmückt mit bunten Wimpeln und Fähnchen, war auch ein großer, mit einem Pferd bespannter Wagen vertreten, auf dem der junge König im glänzenden Zylinder, Krönlein und Hofdamen mit goldenem Stirnreif und Blumen im Haar Platz genommen hatten. Gemessen und feierlich bewegte sich der Zug durch die Straßen der Stadt und die „Erwachsenen“ schauten in stiller Freude zu.

c. Bevölkerungsbewegung in der Stadt Bocholt. Im Monat Juli wurden 40 Knaben und 26 Mädchen geboren. Es starben 28 Personen und zwar 15 männliche und 13 weibliche. 25 Ehen wurden geschlossen.

d. Aufhebung der deutsch-holländischen Grenzschranken. Neuerdings bemühen sich auch die holländischen Handelskammern in nachdrücklicher Weise um die Beseitigung der noch bestehenden Grenzschranken, die den deutsch-holländischen Grenzverkehr außerordentlich erschweren. Demnachst findet in Arnheim eine gemeinsame Tagung der längs der deutschen Grenze zuständigen holländischen Handelskammern statt, auf der eine Aktion zur Beseitigung aller im deutsch-holländischen Grenzverkehr noch bestehenden Hindernisse eingelegt werden soll. Die für die Kriegs- und Nachkriegszeit berechneten Vorschriften zur Über-

wachung und Einschränkung des Personenverkehrs zwischen den beiden Staaten werden nach der allmählichen Wiederherstellung normaler und stetiger Wirtschaftsverhältnisse immer störender empfunden, so daß die Bestimmungen zu ihrer Aufhebung zu begrüßen sind.

po. Diebstahl. Einer Kolonialwarenhändlerin wurde aus der Ladentasse ein größerer Geldbetrag gestohlen.

po. Unfall. Am Dienstag Nachmittag 6,45 Uhr stürzte ein 13 Jahre alter Schüler auf einen hohen Birnbaum und stürzte, weil ein Ast brach, ab. Dadurch, daß er zuerst auf ein Dach und von da auf die Erde stürzte, wurde der Fall gemildert; trotzdem zog sich der Knabe eine Gehirnerschütterung zu.

3. Verkehrsunfall. Ein hiesiger Motorradfahrer wurde am Dienstag Nachmittag, als er in der Hohenstaufenstraße einen Wagen überholen wollte, von einem Poloauto angefahren. Das Motorrad wurde total zertrümmert, während der Fahrer mit leichteren Verletzungen davonskam.

m. Pferderennen zu Cleve 1925. Der Rennverein Cleve, der dem Traberverbande in Berlin und Gelsenkirchen angeschlossen ist, veranstaltet sein diesjähriges Rennen (erstes nach dem Krieg!) am 9. August d. Js. auf dem Rennplatz in Cleve-Hau. Es sind neun Rennen ausgeschrieben, 4 Flachrennen, 3 Trabersfahren, 1 Zuchtrennen und 1 Trabrennen. Am Geld und Ehrenpreisen sind 13 000 Mark ausgesetzt. Die Ehrenpreise sind in Cleve im Möbelgeschäft Jennen an der Herzogstraße ausgestellt. Die vor dem Renne von dem Rennverein Cleve veranstalteten Rennen stehen am ganzen Niederrhein noch in ruhmreicher Erinnerung und es ist zu begrüßen, daß es dem Verein, nachdem die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Nachkriegszeit sich gebessert haben, wieder möglich ist, in Tätigkeit zu treten. Wie aus den bisher eingegangenen Rennungen ersichtlich ist, ist mit sehr gut besetzten Feldern zu rechnen, liegen doch für mehrere Rennen 20 bis 30 Rennungen vor. Verbunden mit dem diesjährigen Rennen ist auch das Verbandsfest niederrheinischer Renn- und Reitervereine.

3. Covid, 5. August. Ein Hundertjähriger. Am 11. August kann Herr Johann Heisterkamp, der alte „Bannemann“ seinen 100. Geburtstag feiern. Der Jubilar, sicher der älteste Einwohner des Kreises Borken, erfreut sich noch einer für sein hohes Alter überraschenden geistigen und körperlichen Rüstigkeit und Frische. An allen Angelegenheiten und Vorkommnissen des öffentlichen Lebens nimmt er noch lebhaften Anteil. So erschien er auch bei den letzten Wahlen noch an der Wahlurne, um sein Wahlrecht auszuüben. Beim letzten Schützenfest wurden ihm von Seiten des Vereins besondere Ehrungen zu teil, ein Beweis für die allgemeine Beliebtheit und Wertschätzung, deren er sich überall erfreut. Anlässlich seines 100. Geburtstages plant die Gemeinde Covid eine besondere Festlichkeit, u. a. soll ein Festszug stattfinden.

*** Borken, 5. August. Ein Auto verbrannt.** In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch gegen 12 Uhr ist auf der Chaussee von Borken nach Raesfeld ein Personenauto einer Essener Firma durch einen Brand verbrannt worden. Die Insassen konnten sich retten und sind mit dem Schrecken davon gekommen.

m. Gemen, 5. August. Exerzieren für Frauen. Im nachmittäglichen Frieden des alten Klosters Gemen finden auch in diesem Jahre Exerzieren für Frauen statt. Dieselben begannen am Sonntag, den 15. August, Abends und dauern bis zum Morgen des 19. August. Wer von unseren immer tätigen Hausfrauen und Müttern sich einige Tage in der stillen Einsamkeit des Waldes von dem Bärm und Hasten des Tages erholen will, der sei am 15. August im Exerzierenhause zu Gemen herzlich willkommen! Anweisung per Postkarte an Herrn Pfarrer Wigger, zu Gemen bei Borken i. W.

Aus dem Kreise Nees.

h. Empel, 5. August. Schadenfeuer. Am Montag Nachmittag entzündete in der Scheune des Landwirts Rohmöller an der Empelerstraße Feuer. Beim Einfahren des Getreides fiel durch einen Stoß eine Gastampe um, die sich entzündete und die Frucht fing Feuer, das in den aufgeschichteten Vorräten reiche Nahrung fand und blühend sich ausbreitete. In kurzer Zeit stand die ganze Scheune in hellen Flammen, über die auch die schnell herbeigekommene Feuerwehr nicht mehr Herr zu werden vermochte. So brannte das Gebäude bis auf die Umfassungswandern mit den gesamten bis zur Unglücksstunde eingefahrenen Erntevorräten nieder. Vieh ist mit Ausnahme einiger Hühner nicht verbrannt, doch die Heu- und Getreideernnte wurde vollständig das Opfer der Flammen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Turnen, Sport und Spiel.

Stadtschützen im Schwimmen. Am vergangenen Sonntag wurden durch den Stadtverband für Leibesübungen im Stadion des Bocholter Wasserportvereins die diesjährigen Stadtschützen im Schwimmen ausgetragen. Die ganze Veranstaltung hatte unter dem schlechten Wetter zu leiden; trotzdem war es möglich, das Programm dank der vorzüglichen Anlage des B. B. B. 1920 schnell abzuwickeln. Die Ergebnisse der einzelnen Wettkämpfe sind folgende: Gegenstand 4 mal 100 Meter: 1. B. B. B. 1920, 6,28; 2. Turnverein Bocholt 7,05. — Knabenschwimmen, 100 Meter beliebig, 1. Stappen, 1,42, 2. Benning, 1,48, 3. Isfort 2,00. — Herren-Rücken, 100 Meter, 1. Schwensky, 1,41, 2. Benken, 1,45, 3. Schwarte, 1,47, 6. — Jugend-Brust, 100 Meter 1. Böring, 1,36, 2. Isfort, 1,40, 3. Diesfeld, 1,41. — Herren beliebig, 100 Meter 1. Schwensky, 1,20, 2. Schwarte, 1,36, 3. Bödding, 1,42. — Jugendbrustschwimmen 100 Meter 1. Böring, 1,51, 2. Diesfeld, 1,52, 3. Isfort, 2,01. — Herren beliebig 300 Meter 1. Schwensky, 4,55, 2. Feldberg, 5,56, 2. — Jugendabteilung beliebig 100 Meter 1. Böring, 1,37, 2. Diesfeld, 1,38, 3. — Herren-Brust 100 Meter 1. Steffens, 1,35, 2. Schwensky, 1,45, 5. v. Hagen, 1,46, 7. — Jugend-Springen 1. Steffens 15 Punkte, 2. Schwensky 12 1/4 Punkte. — Jugend-Sekte 100 Meter 1. Böring, 1,40, 2. Isfort, 1,40, 3. Peters, 1,45. — Streckenlaufen 1. Schwensky 32 Meter, 2. Steffens 25 Meter. — Herren-Sekte 100 Meter 1. Gräffe, 1,51. — Wettkampf 1. Steffens, 2. Schwensky. — 1000 Meter beliebig 1. Herren: Schwensky 17,34; 2. Jugend: 1. Diesfeld 19,27, 2. Böring 19,55, 3. Isfort 20,80.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt.

Rudolf
Die glückliche Geburt eines
gesunden
Jungen
zeigen hoch erfreut an
Franz ten Hoppel und Frau
Hedwig geb. Tresp.
Bocholt, den 3. August 1925.

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und für die schönen
Kranzspenden anlässlich des Hin-
scheidens unseres unvergesslichen
Söhnchens und Brüdchens
Herbert
sowie für die zahlreiche Beteiligung
an der Beerdigung sagen wir allen
Verwandten, Nachbarn und dem
ganzen Bekanntenkreis unsern tief-
empfindlichen Dank.
5006
Familie Wilhelm Saurel.

Danksagung.
Für die vielen Beweise auf-
richtiger Teilnahme sowie für die
zahlreichen Kranzspenden anlässlich
des Todes meines lieben Mannes
Anton Hüning
sage ich allen Verwandten und
Bekannten, besonders der Rangier-
abteilung Wesel meinen herzlichsten
Dank.
1984
Wwe. Anton Hüning.

Bekanntmachung
Die Kreisbundessteuerämter sämtlicher
Gemeinden des Amtes Rheide und die
Gemeindebundessteuerämter für Rheide, Al-
rheide, Büdingen, Kreckling und Warburg-
holt für das Steuerjahr 1925 liegen in
der Zeit vom 3. August bis einschließlich
18. August 1925 zur Einsicht der Betei-
ligten im Amtsausschuss offen.
Einsprüche sind während der Ausle-
gungsfrist bei dem Unterzeichneten an-
zubringen.
Rheide, den 1. August 1925.
Der Amtmann: Dörner.

Wilhelm Häuser Johanna Häuser geb. Hengsternann Vermählte Steinbach Kreis Limburg 6. August 1925	Albert Hengsternann Elisabeth Hengsternann geb. Wewering Vermählte Rheide Bocholt 6. August 1925
---	---

Sparsame Hausfrauen
decken ihren Bedarf an
Kaffee, Tee u. Kolonialwaren
im Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garfs Nordstr. 31.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bekanntmachung.
Die Verträge über die Verpachtung der
Jagdgründe in den gemeindefreien
Jagdbezirken der Gemeinden Alrheide,
Crommert, Kreckling und Warburg-
hogen vom 5. bis 20. August 1925 ein-
schließlich im Amtsausschuss Nummer Nr. 2
öffentlich aus.
Einsprüche gegen die Jagdpachtverträge
können von den Jagdenossen während
der Auslegungsfrist beim Kreisamtsaus-
schuss in Borken erhoben werden.
Rheide, den 31. Juli 1925.
Die Jagdpächter:
Tebrügge, Nienhaus, Krafemann, Tefotte.

Bekanntmachung
Das Tabaksteuerbuch der Gemeinde An-
holt für das Steuerjahr 1925 liegt vom
8. bis einschließlich 8. August 1925 zur
Einsicht der Tabakpflanzler offen.
Anholt, den 3. August 1925.
Die Gemeindebehörde,
Der Bürgermeister: Schulte.

Gut Hünting
Bef.: Heinz van Veldher.
Heute Donnerstag von
abends 8 Uhr an
Freikonzert

Preiswerte Konfitüren
Rahmbonbons Pfd. 1.20
Dessertpralinen „ 1.20
f. Creme-Schokolade Tafel 25
5 St. nur 1.—
Block-Schokolade 100 gr. 20
5 St. nur 95
Unser Schläger: 4 Teile nur 1.—
Th. & G. Sortiment
4 Tfl. feinste Schokolade

Hamburger Kaffee-Lager
THAMS & GARFS
Nordstr. 31. 5007

Holl. Fische
Donnerstag u. Freitag zu haben:
la. große, mittel und
Bratschellfische
Schollen und Steinbutt
Jakob Goedhardt
Langenbergstraße 13. Telefon 589.
Perfekte Stenotypistin
auch im Rechnungswesen durchaus bewan-
dert, sucht zum 1. 10. Stelle.
— Offerten unter C. 5004 an die Gelb.

Versteigerung
Am Freitag, den 7. August 1925,
nachmittags 3 Uhr werde ich in der
Wirtschaft Reibitz hier selbst, Nordstraße,
ein
Fohlen
gemäß § 873 Handelsgesetzbuchs für Ver-
steigerung dessen, dem es angeht, öffentlich
versteigert.
Bocholt, den 5. August 1925.
Bothe, Obergerichtsvollzieher.

Sterilisierapparate, Konservengläser,
Gummiringe, Saftgewinner
der Firma
WECK
ÖFLINGEN
Seit 25 Jahren glänzend bewährt.
NIEDERLAGE:
JOH. ONSTEIN
Bocholt, Nordstraße 34-36.
Fernruf 381.

Ein fast neuer Göpel wegen Kraftanlage zu verkaufen. Näheres in d. G. Schäftsstelle.	Eine neunjährige Fuchskute und ein drei Monate altes Stutfohlen zu verkaufen ob. geg. tragende Rinder zu verkaufen. Näheres in d. G. Schäftsstelle.
Ein in Küche und Haushalt erfahrene Mädchen gegen hohen Lohn ge- sucht. Näheres in d. G. Schäftsstelle.	Muschlife für Küche u. Haus- arbeiten auf 14 Tage gekauft. haus Lentina b. Rheide. Ein
Mädchen für nachmittags geg. hohen Lohn gesucht. Nordstraße 18.	Zimmer oder kleines Lokal gegen gute Miete ge- sucht. Näheres in d. G. Schäftsstelle.

Schütze deine Familie
durch Beitritt zum
Deutschen Begräbnis- und Lebens-
Versicherungsverein a. G.

Deutscher Herold
unter Reichsaufsicht

Hauptgeschäftsstelle für das Münsterland:
Münster i. W. Südstr. 4
Fernr. 2764
Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer
aufklärenden Schriften.



Westfälische Provinzial-Feuersozietät
Münster i. W.

Versicherung
gegen
Brand, Blitz und Explosionsschäden.

Zeitgemäße Beiträge und Bedingungen.
Vertreter an allen Orten Westfalens.

eben eingetroffen:
4/14 PS. Opel



Fritz Kille,
Münster,
Tel. 2205 u. 2207
Hamm i. W.
Tel. 1877
Große Weststr. 13

W. Randebrock Ww.
Plusallee 3 Münster i. W. Am Mittelhafen 25
Tel. 3 u. 3408 Gegr. 1879

Kohlen Koks Briketts Grudekoks
Brennholz Torf Torfstreu
Alleinvertreter des berühmten
Landsbrahm-Anthrazit

Jul. Leßmann
Architekt

Münster i. W.
Theleringstr. 4, Tel.



Heinrich Buschmann
Büro-Maschinen und Möbel,
Fachgeschäft für Bürobbedarf
Münster i. W. Bocholt i. W.
Fernr. 196, 210, 3633, Fernruf 643.

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei
Bedarf von mir Offerte.

Fritz Hausmann

Telephon-Bau

Signalanlagen — Telephonanlagen
für Post u. Haus in Kauf und Miete.

Automatic

nach bewährtem System.

Münster i. W.
Windthorststr. 8
Tel. 266

Filiale: Bochum i. W.
Hernerstr. 21
Tel. 4243

Groß-Dampf-Vulkanisier-Anstalt

Hermann Henkel

Münster i. W.

Reparatur-Werkstatt defekter Reifen,
speziell für Auto und Rad.
Schnelle und prompte Lieferung.
Tag- und Nachtbetrieb.

Lichtbild-Werkstätte
Rudolf Opitz

vorm. Rembrandt,
Rothenburg 54 Münster i. W., Tel. 2458,
empfehl.

Moderne Portrait-Photographie.

Erstklassige Industrie- u. Architektur-Aufnahmen.
Beste Referenzen von Behörden und ersten Firmen.
Genau auf Straße und Hausnummer achten.

Autovermietung

Aug. Kaschner, Münster

Telephon Nr. 2552

Max Anthes

Münster - Neubrückenstraße 38
Telephon 1744

Automobile, Motorräder, Fahrräder,
Reparaturwerkstatt.
Alle Zubehöre billigst.

ANTON STOTTER

Sattler und Polsterer

Münster i. W., Annenstraße 6.

Anfertigung

von Kutsch- und Arbeits-Geschirren,
wie Polstermöbel.

Carl Hochherz

Münster i. W.

Fernruf 30

Rothenburg 2

Korbmöbel

Kinderwagen

Reiseartikel

Spezial-Magnet-Reparaturwerkstatt

Magnet-, Licht- und Anlasser-Anlagen
sämtlicher Systeme,
Einbau, Ersatzteillager, Batterie-Ladestation.

Ing. J. KALVERAM, Münster
Rosenstraße 9, Telephon 1621.

August Peters, Spediteur, Münster i. Westf.

Spedition, Schifffahrt, Lagerung,
Möbeltransport, Möbelauszug,
Privatfahrten mit Dampfkranen und
Elevatoren am Dortmund-Ems-Kanal

Fernsprecher:

Stückgut u. bahnmitl. Lagerung: 221
Bahnspektion und Zollanfertigung: 3534/2
Hautische Brückenwege: 2289
Schifffahrt, Güterdespedition: 286

Möbeltransport: 120
Eigentumspektion: 3148
Umschlagung: 2828

„TELOS“

die Zentrale für alle
Kraftfahrzeug-Interessenten!

Zweigniederlassung

Münster i. Westf.

Geschäftsraum: Ludgeristr. 5-6 II

Fernsprecher 1658 u. 1659. Postschließfach 252.

Paul Weichert

Stempelfabrik

Gravieranstalt

Münster i. Westf.,
Bergstr. 15, Tel. 600.

• Besuchen Sie Münster, so
versäumen Sie nicht, das
• Kaffeehaus der Dombäckerei
• aufzusuchen, wo Sie eine
• vorzügliche Tasse Kaffee
• für Mk. 0,25 erhalten.
• Hauptgeschäft: Spiekerhof 44.
• Filiale: Servatiusplatz 38.

Das führende Haus gediegener
Qualitätsmöbel.

Magazin - Genossenschaft
vereinigter Innungsmeister
Münster i. W. Alter Steinweg 16
Telephon 879.

H. Courcy, Münster i. W.

Warendorferstraße 185. Tel. 230, 2113 u. 2237
liefert nur die besten Sorten

**Anthrazitkohlen, Hausbrandkohlen,
Briketts, Brechkoks, Grudekoks,
Brennholz usw.**

zu den billigsten, zur Zeit geltenden Sommerpreisen.

6/25 PS Aini

Der deutsche Gebrauchswagen!
Der beste seiner Klasse!
Generalvertr.: Westfälisch.
Automobilhandelsge-
sellschaft m. b. H.,
394, Münster i. W., Hofenstr. 18.

**Spezial-Autolicht und
Magnet-Werkstatt**

Magnete-Licht u. Anlasser-
Anlagen sämtl. System:
Einbau, Ersatzteillager,
Batterie-Ladestation

Guddorf & Barf.
Münster i. W.,
Hafenstr. 18, Tel.

Lichterbeck & Vößing
Kohlengroß- u. Kleinvertrieb

Münster i. Westf.

Hollenbeckerstr. 29

Fernruf 2593

August Gerwin

Schlossermeister
Münster, Rothenburg

Kunst- u. Bauschlosserei
Reparaturwerkstatt
Gas- und Wasserleitungen
Markisenanlagen

Maas & Wormstall

Briefordner- u. Kartongalanfabrik
Münster, Artilleriedepot.

Versandschachteln, Falt-
schachteln, Zuschnitte und
Packungen f. alle Gewerbe-
zweige, Luxuskartonagen

Vorev-Reklame R.G.M.